

2. MAI 2013

## Anpassung und Widerstand



*Hitler am 1. Mai 1933 auf dem Tempelhofer Feld in Berlin: Das »deutsche Volk« muß sich »den Geist des Klassenkampfes aus dem Herzen« reißen - Fotoquelle: Bundesarchiv/Bild 102-02375*

**Am 2. Mai 1933 zerschlugen die Nazis die freien Gewerkschaften: Die kompromißbereite ADGB-Spitze begünstigte Hitlers Kurs auf eine »Volksgemeinschaft« an der Basis entwickelte sich dagegen Abwehr**

Stefan Heinz

Am 2. Mai 1933 besetzten die Nazis die Büros der Einzelorganisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Sein Vermögen wurde beschlagnahmt. Zahlreiche Funktionäre kamen in »Schutzhaft«. Nicht wenige wurden gefoltert, einige ermordet. Schon Wochen zuvor waren Mitglieder Opfer von Übergriffen geworden. Neben der Gleichschaltung des Parlaments und der Länder stellte die Zerschlagung der freien Gewerkschaften einen bedeutenden Schritt zur Festigung der faschistischen Herrschaft dar. Wenngleich die ADGB-Spitze im Frühjahr 1933 eine verfehlte Anpassungspolitik gegenüber dem Regime betrieb, organisierten sich bald viele Gewerkschafter im Widerstand. In den Jahren 1933 bis 1945 wurden Tausende inhaftiert. Eine Reihe von ihnen kam ums Leben.

Zwar hatten einige führende Funktionäre im Zusammenhang mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 (siehe jW-Thema vom 30.1.2013) die Ausrufung eines Generalstreiks erwogen. Doch diese Überlegungen wurden wegen der Gefahr gewalttätiger Konflikte und der durch die hohe Erwerbslosigkeit verursachten Schwächung der Arbeiterorganisationen verworfen. Die ADGB-Führung appellierte an die Arbeiter, »Disziplin« zu wahren. Sogar als die Gewalt gegen Kommunisten und Sozialdemokraten für niemanden mehr zu übersehen war, es ab März 1933 überall im Deutschen Reich zu Übergriffen auf Gewerkschaftshäuser kam und Betriebsräte für abgesetzt erklärt wurden, konnte sich der Gewerkschaftsbund nicht zum Widerstand durchringen. Dessen Spitzenfunktionäre versuchten vielmehr, sich unter Betonung ihrer »nationalen Verantwortung« mit den Faschisten zu arrangieren und auf diese Weise die Arbeiterorganisationen zu erhalten. Die ADGB-Führung erklärte ihre Neutralität gegenüber den neuen Herrschern. Und sie akzeptierte Eingriffe in das Tarifvertragssystem. Ein Teil der Funktionäre ging sogar auf Abstand zur SPD, mit der bis dahin eine enge Allianz gepflegt worden war. Diese hatte nicht zuletzt aufgrund der freigewerkschaftlichen Distanzierung vom Mehrparteienstaat Risse bekommen.

### Unterwerfung der ADGB-Spitze

Alle Versuche, sich mit den Nazis zu arrangieren, konnten die mächtigsten Arbeiterorganisationen der Welt nicht »retten«. Der Befehl zur Zerschlagung, die unter der Leitung eines »Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit« stand, wurde am 21. April 1933 gegeben: »Dienstag, den 2. Mai 1933, vormittags 10 Uhr, beginnt die Gleichschaltungsaktion«, hieß es in einem vertraulichen Schreiben, das in die Gaue der NSDAP verschickt wurde. Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) sollte Träger der Zerschlagung sein.

Die NSBO war die Kampfformation der NSDAP in den Betrieben. Ihre Aufgabe bestand darin, den Einfluß von Sozialdemokraten und Kommunisten zu brechen. Sie blieb immer – sogar bei den Anfang 1933 begonnenen und im April abgebrochenen Betriebsrätewahlen – weit hinter den

Ergebnissen der freien Gewerkschaften zurück. Diese hatten 73,4 Prozent der Stimmen erhalten. Während die bereits verfolgten Kandidaten »roter«, also kommunistischer Listen noch ein Ergebnis von 4,9 Prozent erzielten, erreichte die NSBO 11,7 Prozent.

Mittels einer betrieblichen Wahl konnte Hitler die Macht über die Arbeiterschaft nicht bekommen. Die meisten Gewerkschafter hofften auf ein Scheitern der von ihm geführten Regierung. Der Zerschlagungsbefehl zeigt deutlich, daß die gewerkschaftliche Bindung der Arbeiter mittels einer Strategie aus Gewalt und Integration aufgeweicht werden sollte. So hieß es, SA und SS seien »zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der Inschutzhaftnahme der in Frage kommenden Persönlichkeiten einzusetzen«. Die Aktion sollte »in einer Form vor sich gehen, daß dem Arbeiter und Angestellten das Gefühl gegeben wird«, daß sich diese »nicht gegen ihn, sondern gegen ein überaltertes und mit den Interessen der deutschen Nation nicht übereinstimmendes System« richtet.

Der Zeitpunkt unmittelbar nach dem Arbeiterkampftag war bewußt gewählt. Erstmals zum Feiertag erklärt, diente der 1. Mai 1933 zur Demonstration einer vermeintlichen Einheit von Nazis und Arbeiterschaft. Die Anpassung der ADGB-Führung war Mitte April 1933 derart weitgegangen, daß sie zur Teilnahme an den Nazifeiern anläßlich des »Tages der nationalen Arbeit« aufgerufen hatte. Sie erklärte, am 1. Mai sei angeblich stets »das Bekenntnis der von leidenschaftlichem Kulturwillen beseelten deutschen Arbeiter erglüht«, um den »werktätigen Menschen einem dumpfen Arbeiterdasein zu entreißen und ihn als freie, selbstbewußte Persönlichkeit in die Gemeinschaft des Volkes einzuordnen«. NSDAP-Propagandaleiter Joseph Goebbels schrieb fast zeitgleich in sein Tagebuch: »Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Am 2. Mai werden dann die Gewerkschaftshäuser besetzt.« Weil sich die freigewerkschaftlichen Organisationen trotz aller Unterwerfungsgesten den Kernbereich ihrer Arbeit – die Koalitionsfreiheit und die Schutzfunktion für Beschäftigte – nicht nehmen ließen, befanden sie sich im Widerspruch zur Gleichschaltungspolitik der Nazis. Sie mußten beseitigt werden.

### **»Schwarzer Dienstag«**

An der Inszenierung am 1. Mai 1933 beteiligten sich bis in die Abendstunden Hunderttausende. Doch nicht wenige Gewerkschafter blieben den Feiern fern. Nicht weniger organisierten Maifeste im kleinen Kreis. Hitler hatte auf dem Tempelhofer Feld in Berlin von einer »Erhebung« des Volkes über »Klassen, Stände und Einzelinteressen« gesprochen. Er betonte, der 1. Mai werde »Symbol der großen Einigung«. Das deutsche Volk könne nur stark sein, wenn es sich »den Geist des Klassenkampfes und der Zwietracht aus dem Herzen« reiße.

Für die freien Gewerkschaften bedeutete diese Ansage, daß gerade mal einen halben Tag nach Hitlers Rede ihre Einrichtungen von NSBO- und SA-Mitgliedern gestürmt wurden. Hermann Schlimme, Sekretär des ADGB-Vorsitzenden Theodor Leipart, erklärte, er sei am Morgen des 2. Mai 1933 »wie alle übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes und deren Mitarbeiter gewaltsam mit vorgehaltenen Revolvern« aus den Büros geführt und »auf Lastwagen« zum Verhör abtransportiert worden. Einige hätten versucht, die Polizei zu alarmieren: »Sie kam auf Autos und fuhr, ohne abzusteigen, weiter, als sie sah, daß die SA das Haus umstellt hatte.« Die Versuche, sich mit den neuen Machthabern zu arrangieren, hatten die Existenz der Gewerkschaften nicht »retten« können.

Nun tobte der Haß im Reichsgebiet. In Duisburg wurden die Gewerkschafter Johann Schlösser, Julius Birck, Michael Rodenstock und Emil Rentmeister von SA-Männern erschlagen. Allein am »Schwarzen Dienstag«, wie der 2. Mai 1933 in Gewerkschafterkreisen fortan hieß, wurden Hunderte Personen festgenommen. Die Gewalt hielt tagelang an. Die verhafteten Gewerkschafter kamen meist bald wieder auf freien Fuß. Sie mußten sich jedoch regelmäßig bei der Polizei melden. Viele wurden überwacht, andere blieben gefangen. Für letztere begann oft ein Leidensweg durch Konzentrationslager, Zuchthäuser und andere Haftstätten.

Am 10. Mai 1933 entstand die »Deutsche Arbeitsfront« (DAF) – inszeniert als »Einheitsverband« von abhängig Beschäftigten und Unternehmern. Die DAF, die sich die »Ausrottung des Marxismus« auf die Fahnen geschrieben hatte, war keine Gewerkschaft. Sie lehnte Arbeitskämpfe ab. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit sollte im Sinne der »Volksgemeinschafts«-propaganda

verschleiert werden. Nach Ansicht der Nazis durfte eine Interessenvertretung der Arbeiter keine Rechte besitzen. Die Gründung erfolgte auch, um sie zu vereinzeln und die in ihrem Kurs unbequem gewordene NSBO zu ersetzen.

Das Gewerkschaftsvermögen floß in die DAF. Sie finanzierte damit Programme zur Betreuung und Beeinflussung ihrer Mitglieder. Tarifverhandlungen gab es nun nicht mehr, Streiks waren unter Androhung hoher Strafen verboten. Statt dessen richtete die Arbeitsfront Wettbewerbe zwischen den Betrieben zur Steigerung der Leistungsbereitschaft und der Kriegsproduktion aus. Die DAF führte überdies kulturelle und touristische Veranstaltungen durch. Auch aufgrund dieser Anreize, aber vorrangig wegen des bei Neueinstellungen oftmals ausgeübten Zwangs zur Organisation besaß die DAF zeitweise über 20 Millionen Mitglieder. Glaubt man den Lageberichten der Geheimen Staatspolizei, soll die Organisation trotzdem keineswegs beliebt gewesen sein. Die Angst, keine Arbeit zu bekommen, war der häufigste Beitrittsgrund.

### **Defensiv in der Krise**

In der Weimarer Republik gab es drei Richtungsgewerkschaften, die jeweils einen Dachverband besaßen. Dazu gehörten die SPD-nahen des ADGB mit der höchsten Mitgliederzahl. Die traditionelle Eigenbezeichnung »frei« demonstrierte den Anspruch, ausschließlich Arbeiterinteressen verpflichtet zu sein. Hinzu kamen die wesentlich kleineren christlichen Gewerkschaften sowie die liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Daneben gab es kleine Verbände, die Berufsgruppen organisierten.

Aufgrund verschärfter Konflikte zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten entstand ab 1928 die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO). Sie gründete in einigen Industrien »rote Verbände« in Abgrenzung zu den ADGB-Gliederungen. Wie alle KPD-Nebenorganisationen wurde die RGO mit der nach dem Reichstagsbrand (siehe jW-Thema vom 27.2.2013) erlassenen »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat« Ende Februar 1933 de facto für illegal erklärt. Die ADGB-Organisationen wurden dann Anfang Mai 1933 zerstört; die christlichen Gewerkschaften, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und die Berufsgewerkschaften lösten sich bis Ende Juni selbst auf. Hierbei wurde jedoch teils massiver Druck ausgeübt, wenngleich die Anpassung manch christlicher Gewerkschafter weit über die von Funktionären aus den freien Gewerkschaften hinausging.

Warum aber agierten die ADGB-Verbände nicht wie im Jahr 1920 anlässlich des Kapp-Putsches? Warum riefen sie nicht zum Generalstreik auf, um die Nazigefahren abzuwehren? Eine Antwort darauf läßt sich nur finden, wenn die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gewerkschaftlichen Handelns betrachtet werden. Zwar war es den ADGB-Verbänden in der Weimarer Republik gelungen, das Tarifvertragssystem, den Achtstundentag und die Erwerbslosenversicherung durchzusetzen. Ein erheblicher Teil der Gesellschaft – besonders die Eliten in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft – war jedoch gewerkschaftsfeindlich eingestellt. Zum Ende der Weimarer Zeit trat die Schwäche der Arbeiterorganisationen deutlich zum Vorschein. Die Weltwirtschaftskrise sorgte für eine Belastung, der sie immer weniger gewachsen waren. Dabei wirkte sich die tiefe Spaltung der Arbeiterbewegung hemmend auf die Abwehr sozialer Kürzungen und der Gefahren durch die Nazis aus.

Mit den sogenannten Notverordnungskabinetten des Zentrum-Politikers Heinrich Brüning ab 1930 war die Politik der Regierung nicht mehr auf einen Interessenausgleich orientiert. Sie begünstigte Krisenüberwindungsstrategien der Unternehmer auf Kosten der Beschäftigten. Der ADGB wollte die Weltwirtschaftskrise mit staatlicher Regulation überwinden und Arbeitskämpfe vermeiden. Dessen Vorschläge waren auf Lohnerhöhungen gerichtet, die gesteigerte Kaufkraft und höheren Absatz versprachen.

Dadurch sollten die Personalkosten für mehr Beschäftigte ausgeglichen werden. Hoffnungen auf Berücksichtigung solcher Empfehlungen erübrigten sich. Das Schlichtungswesen mit staatlich verordneten Verbindlichkeitsverpflichtungen wurde zum Instrument des Lohnabbaus. Die Gewerkschaften zogen kaum Konsequenzen daraus, daß Politik immer in Abhängigkeit zur kapitalistischen Reproduktion steht. Der Verzicht des ADGB auf ein offensiveres Vorgehen hatte

Bedeutung für die weitere Entwicklung. Denn das Regierungsprogramm Heinrich Brüning's zur Absenkung des Lohnniveaus setzte voraus, daß kaum Arbeitskämpfe geführt wurden. Streiks hätten dessen Durchsetzung gefährdet.

Die Zurückhaltung des ADGB resultierte aus seiner geringeren Schlagkraft als in den 1920er Jahren wegen dramatischer Mitgliederverluste. Anfang 1933 war fast die Hälfte aller Gewerkschafter arbeitslos, bei den Bauarbeitern waren es 87 Prozent. Diejenigen, die noch Arbeit hatten, waren oft nicht mehr vollzeitbeschäftigt. Zugleich gab es in den Gewerkschaften Hoffnungen, die Brüning-Regierung werde als »Gegenleistung« fürs Stillhalten des Tarifvertragssystem nicht anrühren und den ADGB als gleichberechtigten Gesprächspartner akzeptieren. Ein Trugschluß. 1932 wurde per Notverordnung direkt in die Tarife eingegriffen. Die Löhne sanken, weil es die Regierungspolitik so wollte. In einigen Bereichen waren die Gewerkschaften aus dem Lohnfindungsprozeß ausgeschlossen.

Während die kommunistische RGO mit politischen Streiks den Lohnabbau verhindern wollte, lehnten die Repräsentanten der ADGB-Gewerkschaften dies im Regelfall ab. Trotz kritischer Stimmen in den eigenen Reihen sahen sich diese Verbände kaum in der Lage, dem Kürzungsdiktat etwas entgegenzusetzen. In der Tat hatten der ADGB und die ihm angeschlossenen Einzelgewerkschaften ihren Handlungsspielraum durch Zugeständnisse weiter eingeengt. Von Gewerkschaftsseite wurde zu wenig berücksichtigt, daß die Wirtschaftskrise eine politische Dimension besaß. Diese wirkte auf die ökonomische Situation zurück.

Welche Interessen in die Politik einfließen, hing auch davon ab, wie sich alternative Krisenkonzepte Gehör verschafften. Zu Beginn der Weltwirtschaftskrise (1929/30), als eine Gegenwehr mit Hilfe von Streiks eher möglich gewesen wäre, sah gerade die ADGB-Spitze darin mehr Risiko als Gewinn. Es wurde auf eine schnelle Überwindung der ökonomischen Depression gehofft. Nachdem aber deren Ende nicht absehbar schien, war ein Kurswechsel schwerer möglich und wurde verworfen.

Waren es also die freien Gewerkschaften, die zunächst noch vorhandene Spielräume unterschätzten, gründete das kommunistische RGO-Konzept auf einer Überschätzung der Aktionsmöglichkeiten. Bedenken, womöglich die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu stärken, förderten im ADGB zusätzlich die Abneigung gegen Streiks. Dessen Verbände versäumten den Zeitpunkt, die Bereitschaft der Arbeiter zum Ausstand zu erhöhen und damit auch die ständige Gefahr des Streikbruchs zu reduzieren. Dagegen zeigte die RGO ihre Selbsttäuschung, wenn sie wegen der um sich greifenden Verarmung vom Anstieg der Kampfbereitschaft sprach und die Krise als letzte kapitalistische Regung deutete. Die abnehmende Streikbereitschaft belegt, wie wenig Aktionsbereitschaft vorhanden war – erst recht für einen linken Umsturz.

In den Betrieben ging die Angst um, den Arbeitsplatz zu verlieren. Jeder, der noch beschäftigt war, wußte, daß er ersetzbar ist. Für die einfachsten Arbeiterrechte einzutreten war schwerer geworden. Kommunisten gingen das Risiko oft ein, verbanden ihr Engagement mit radikalen Forderungen. Sie wurden dafür als erste aus den Betrieben entlassen. Die Masse der Beschäftigungslosen wiederum hatte mit Selbstwertverlusten zu kämpfen. Deshalb versuchte die RGO, Erwerbslose in Streiks einzubeziehen. Doch bis auf vergleichsweise wenige, die sich der RGO anschlossen, kam das für die Mehrheit nicht infrage. Sie wußten, daß sie nur wenig Druckmittel hatten. Manche wollten hauptsächlich ihren Unmut kundtun, wovon die KPD bei Wahlen profitierte. Oft blieb es dabei. Unzufriedenheit, kurzzeitiger Protest und Apathie bildeten eine Einheit.

So fatal die Anpassungspolitik der freien Gewerkschaften Anfang 1933 auch war, so ist sie doch nicht losgelöst von den Rahmenbedingungen sowie der Strategie ihrer Spitze zum Ende der Weimarer Republik zu bewerten. Verschiedene Faktoren waren für den geringer werdenden Handlungsspielraum verantwortlich – nicht zuletzt die gewerkschaftliche Staatshörigkeit. Um gern gepflegte Mythen zu entkräften: Auch wenn zahlreiche Basisgewerkschafter auf einen Gewerkschaftsaufbruch zur Abwehr der Nazis warteten, sollte die dahinterstehende Schlagkraft nicht überschätzt werden. Anfang März 1933 stellte die Polizei in einem Überwachungsbericht fest, daß »mit Lohnkämpfen größeren Umfangs« nicht mehr zu rechnen sei. Auch die RGO-Agitation für

einen Generalstreik sei nahezu »wirkungslos« gewesen, hieß es weiter.

### **Auflehnung an der Basis**

Angesichts der Ereignisse im Vorfeld des 2. Mai 1933 drängt sich der Eindruck auf, gewerkschaftlicher Widerstand gegen das Naziregime sei etwas Unbedeutendes gewesen. Eher sei die Basis als die Führung aktiv gewesen, wurde nicht selten behauptet. Ähnlich hatte die RGO agitiert und den »Gewerkschaftsbonzen« Verrat vorgeworfen. In der Tat nahm die RGO bereits im Frühjahr 1933 den Widerstand auf, indem sie versuchte, »Klassengewerkschaften« in der Illegalität aufzubauen.

Neuere Forschungen belegen: Auch erstaunlich viele sozialdemokratische Freigewerkschafter, die zwar im Frühjahr 1933 mit ihrer Anpassungspolitik versagten, betätigten sich nur kurze Zeit später im Widerstand. Unter den Metallern gab es viel Auflehnung. Sie ist verbunden mit Namen wie Alwin Brandes, Max Urich, Heinrich Schliestedt, Willy Rößler und Richard Teichgräber. Sie waren Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV). Die Mehrheit der DMV-Führung und zahlreiche Funktionäre aus den Bezirksleitungen sind Widerstandskreisen zuzuordnen. Ihnen ging es darum, eine gewerkschaftliche Organisation unter den Bedingungen der Illegalität zu erhalten.

In diesem Widerstandsnetz, waren Hunderte Menschen aktiv. Sie bekamen Unterstützung aus den Betrieben, sammelten Berichte über die Produktion und die Stimmung der Arbeiter. Diese Dokumente zeigen, daß Denk- und Verhaltensweisen der Arbeiterschaft im Widerspruch zur Nazi-propaganda einer »Volksgemeinschaft« standen. Kuriere leiteten die Berichte ins Ausland. Gleichzeitig brachte die Gruppe im Deutschen Reich illegale Zeitschriften in Umlauf und leistete damit einen wesentlichen Beitrag für eine Gegenöffentlichkeit. Ein Teil konnte die illegale Arbeit bis zur Befreiung im Mai 1945 aufrechterhalten. Das risikoreiche Engagement im Widerstand, für den viele verhaftet, gefoltert und ermordet wurden, wird bis heute kaum gewürdigt.

Stefan Heinz ist Politikwissenschaftler an der Freien Universität Berlin. Von ihm erschien 2012: Stefan Heinz/Siegfried Mielke (Hg.): Funktionäre des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung, 304 Seiten, 19 Euro

Den Artikel finden Sie unter: [www.jungewelt.de/2013/05-02/001.php](http://www.jungewelt.de/2013/05-02/001.php)

---

[zurück zu: Detail](#)

QUELLE: [HTTP://WWW.DIE-LINKE-WEISSENBURG.DE/POLITIK/PRESSE/DETAIL/ARTIKEL/ANPASSUNG-UND-WIDERSTAND/](http://WWW.DIE-LINKE-WEISSENBURG.DE/POLITIK/PRESSE/DETAIL/ARTIKEL/ANPASSUNG-UND-WIDERSTAND/)